

Mark Rutte muss die Nato neu erfinden

VON GREGOR MAYNTZ

Viele Monate hat die nordatlantische Verteidigungsallianz daran gearbeitet, sich selbst „Trump-fest“ zu machen. Die Nato wollte sich wappnen für eine zweite Amtszeit Donald Trumps, der in seiner ersten Präsidentschaft das Bündnis nicht nur immer wieder infrage gestellt, sondern zeitweise an den Abgrund geführt hatte und nun im Wahlkampf damit gedroht hat, auch die Beistandspflicht auf den Prüfstand zu stellen. Den letzten Akt auf dem Weg zur „Trump-Festigkeit“ hat die Nato am Dienstag vollzogen: Mark Rutte ist ihr neuer Generalsekretär. Er hatte bereits in Trumps erster Amtszeit vermittelt und ein fast schon freundschaftliches Verhältnis zu ihm aufgebaut. Ob Trump oder Harris – Rutte steht in beiden Fällen für die bestmögliche Einbindung Washingtons in die Nato, die so mächtig und wichtig für die Welt ist wie nie zuvor.

Aber das ist noch vergleichsweise überschaubar im Vergleich zu anderen Herausforderungen, die auf den Niederländer zukommen. Er muss vor allem die Europäer auf Kurs halten bei dem Versuch, die eigene Verteidigungsfähigkeit massiv zu verbessern. Das ist dringend erforderlich angesichts eines zunehmend erobert-lüsternen Russland, das darauf setzt, seine Kriegsziele in der Ukraine durch Auskontern der Nato-Staaten zu erreichen. Die Zerstörung der Friedensordnung durch Russlands Präsident Wladimir Putin zu verhindern, wird Ruttes zentrale Aufgabe sein. Wie er die Nato dazu bringt, den Russland-Krieg ohne direktes Eingreifen zu einem ukrainischen Erfolg zu bringen, entscheidet auch darüber, ob China davon abgehalten werden kann, sich Taiwan nach dem Ukraine-Muster einzuverleiben. Es geht für Rutte um nicht weniger, als die Nato neu zu erfinden. Sie muss aufhören, sich nur selbst rote Linien zu setzen, sondern genau diese auch aktuellen und potenziellen Kriegstreibern aufzeigen.

Ungemütliche Aussichten bei Covestro

VON ANTJE HÖNING

Die Hängepartie hat ein Ende: Nach langem Hin und Her kommt Adnoc bei Covestro zum Zug. Aus Sicht des arabischen ÖRiesen macht der Deal viel Sinn: Er kann sich zum Chemiekonzern wandeln und Schritte in eine grüne Zukunft unternehmen, da Covestro bei der Kreislaufwirtschaft vorangeht. Das Ganze kostet zwar Milliarden. Doch Covestro geht es nicht so gut, als dass mehr herauspringen könnte. Die verhalten positive Reaktion der Anleger zeigt, dass Restzweifel bleiben, ob der Plan aufgeht und die Kartellbehörden mitspielen. Für Nordrhein-Westfalen ist die Übernahme im ersten Schritt eine gute Nachricht: Sie zeigt, dass Covestro ein spannender Konzern ist. Adnoc will kräftig investieren und sichert den Leverkusenern Eigenständigkeit zu – jedenfalls bis 2028. Bis dahin muss sich kein Covestro-Mitarbeiter Sorgen machen, die über die allgemeinen Sorgen der deutschen Chemie hinausgehen, zumal bis 2032 die Beschäftigungssicherung gilt. Doch was danach kommt, ist offen. Werden die Araber die energieintensive Kunststoff-Produktion weiter am teuren Standort Deutschland halten – oder lieber in Länder mit günstiger Energie verlagern? Covestro als energieintensiver Hersteller hat in der Energiekrise 2022 seine Verletzlichkeit gezeigt.

Es wäre jammerschade, wenn die Geschichte des jungen Konzerns, der erst 2015 mit der Abspaltung von Bayer entstanden ist und rasch in den Dax aufstieg, schon in wenigen Jahren wieder enden würde, weil Adnoc ihn zu einer deutschen Filiale degradiert. Möglich ist das – dabei wird es auch darauf ankommen, welche Rahmenbedingungen Deutschland seinen Chemieunternehmen mit Blick auf Stromkosten und Wasserstoff-Versorgung bietet. Das Gelingen und Scheitern der Chemie-Transformation wird sich exemplarisch an Covestro zeigen. Das sind ungemütliche Aussichten für die rheinischen Werke.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Der Graben zwischen West und Ost scheint auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung noch groß zu sein. Das zeigt sich nicht nur am Erfolg der AfD bei den jüngsten Wahlen. Und doch liegt darin auch eine Chance.

Es lebe der Unterschied

VON MARTIN KESSLER

Was ist los in Ostdeutschland? Da macht fast jeder dritte Wähler bei den jüngsten Urnengängen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sein Kreuz bei der rechtsextremen AfD. Und jeder Siebte stimmt für das putinfeindliche BSW. An der mangelnden Wahlbeteiligung liegt es nicht. Die liegt in allen drei Bundesländern weit höher als 70 Prozent. 34 Jahre nach der deutschen Einheit scheinen die beiden Teile der Bundesrepublik zu unterschiedlichen Welten zu gehören. Im Westen gehen Hunderttausende gegen die demokratiefeindlichen Bestrebungen der AfD auf die Straße (allerdings auch in Sachsen und Thüringen), im Osten drücken die Menschen ihren Protest, teilweise ihren Hass in Wahlen gegen das System und die politische Elite aus.

Da kann so recht keine Feiertagsstimmung aufkommen. In Schwerin, der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, werden der Bundespräsident, die Ministerpräsidentin und wichtige Politiker aller Parteien wohl lautende Reden zum Stand der Einheit halten. Dass die Menschen in den nicht mehr ganz neuen Bundesländern eine gewaltige Wegstrecke zurückgelegt hätten, dass ihre Aufbauanstrengungen einzigartig gewesen seien und ihre Lebensleistung in der DDR nicht vergessen werden dürfe. Auch dass die Menschen in Leipzig und anderen Städten der DDR als einzige in der deutschen Geschichte eine erfolgreiche, friedliche Revolution gewagt hätten. Und ein rundum erneuerter Teil Deutschlands, durchaus wirtschaftlich erfolgreich, nun zu besichtigen sei.

Das ist alles richtig. Es hat sich enorm viel verändert seit den turbulenten Tagen der Jahre 1989 und 1990, als Un-erwartetes geschah und die Mauer

fiel. Und doch ist es seltsam, dass sich auch 34 Jahre nach diesen glücklichen Tagen keine Normalität einstellen will, die beiden Teile sich noch immer etwas fremd gegenüberstehen und sich weniger verstehen, als bei der gemeinsamen Kultur, Geschichte und Sprache zu erwarten wäre.

Sind die Deutschen eben doch ein etwas merkwürdiges Volk, das mit der Normalität so seine Schwierigkeiten hat, das immer besonders sein will, anders als vergleichbare Nationen? Zunächst ist das Zusammenwachsen gar nicht so selbstverständlich, wie das die großen Helden der Einheit, ostdeutsche Oppositionelle, Personen des demokratischen Aufbruchs wie Joachim Gauck oder Angela Merkel, aber auch westliche Politiker wie Helmut Kohl oder Willy Brandt glauben machen wollten oder selbst glaubten.

Richtig zusammengewachsen sind auch andere Teile in Deutschland nicht unbedingt. Man denke an den Gegensatz zwischen Rheinland und Westfalen, zwischen Schleswig und Holstein oder Baden und Württemberg, von den drei Stämmen Bayerns (Altbayern, Franken und Schwaben) einmal ganz abgesehen. Auch in Unternehmen dauert es gewöhnlich lange, bis ehemalige Konkurrenten kooperieren. Meist eine Generation oder länger. Im Schweizer Pharmakonzern Novartis, einer der bedeutendsten in dieser Zukunftsbranche, wird heute noch unterschieden zwischen Ciba- und Geigy-Leuten. Dabei entstand das Weltunternehmen 1996 aus der Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz, der Zusammenschluss des ersten erfolgte bereits im Jahr 1970.

Die deutsche Einheit wurde gerne als die größte Übernahme der Weltgeschichte apostrophiert. Da ist etwas dran, und das ist auch ein Teil des Problems. Das System der Bundesrepublik wurde eins zu eins der DDR über-

INFO

Probleme des Ostens im Westen ernstnehmen

Warnung Vor dem Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin hat Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) die Fortschritte der vergangenen Jahre in Ostdeutschland hervorgehoben. Zugleich warnte sie gegenüber unserer Redaktion davon, Probleme ostdeutscher Bundesländer im Westen der Republik nicht ernst genug zu nehmen.

Lob Die ostdeutschen Länder hätten sich seit 1990 insgesamt gut entwickelt, so die SPD-Politikerin. „Wir haben an Wirtschaftskraft gewonnen. 2023 und im ersten Halbjahr 2024 war Mecklenburg-Vorpommern das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum.“

Lösungen Schwesig, die derzeit auch Vorsitzende des Bundesrates ist, sagte ferner: „Ich werbe dafür, nicht nur auf den Osten zu schauen, wenn es Wahlergebnisse wie im letzten Monat gibt. Ostdeutsche Probleme sind Probleme von ganz Deutschland.“ Umgekehrt könnten Lösungen aus Ostdeutschland auch Lösungen für ganz Deutschland sein, wie zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, sagte Schwesig. (jd)



Manuela Schwesig (SPD) ist Präsidentin des Bundesrates. FOTO: DPA

gestülpt. In seiner Biografie verteidigt einer der Väter des Einheitsvertrags, der inzwischen gestorbene CDU-Politiker Wolfgang Schäuble, das Vorgehen. „Die Bürger in der DDR bestimmten das Tempo“, schrieb er. Aber gab es nicht doch eine Alternative zur schnellen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion? Wäre es möglich gewesen, ein Land mit zwei Systemen zu schaffen? Tatsächlich wurde noch nicht einmal die Diskussion darüber geführt. Für Innovation und Kreativität war damals kein Platz. Es ist zwar eine Legende, dass der Westen den Osten „kolonialisiert“ hat. Aber eine Einigung auf Augenhöhe war es oft nicht, wenn westliche Unternehmer, Manager und Spitzenbeamte die Führung im Osten übernahmen – ohne Verständnis für die Lebenslage der Menschen, die anders als die Westdeutschen Außerordentliches leisten mussten. Hier liegt ein Grund für das noch immer vorhandene Unverständnis zwischen den beiden Teilen.

Noch heute sind die Ostdeutschen in Ministerien und oberen Bundesbehörden unterrepräsentiert. Das ergab eine Auswertung des jüngsten Einheitsberichts des Bundesbeauftragten Carsten Schneider (SPD). Brauchen wir eine Ossi-Quote? Eher nicht, denn das Verhältnis wird besser, wenn auch das zum Teil mehr den Bewohnern Berlins als aus anderen Bundesländern im Osten zugutekommt. Betrachtet man die unterste Ebene der Ministerien, ist der Anteil der Personen aus der Hauptstadt besonders groß.

So sehr es schmerzt, dass mehr Wähler im Osten radikalen Parteien zuneigen als im Westen: Immerhin haben selbst in Thüringen drei Viertel der Wahlberechtigten ihr Kreuz nicht bei der AfD gemacht. Es gibt eine starke demokratische Fraktion in der ostdeutschen Bevölkerung. Auf sie sollte man bauen. Dass sie anders sind als ihre „Brüder und Schwestern“ im Westen, kann sogar die Republik bereichern. Schließlich rühmt sich Deutschland als ein Land der Vielfalt.

WISSENSDRANG

Der Verfassungsschutz verwendet neuerdings gerne den Ausdruck „gesichert rechtsextremistisch“. Das bringt mich ins Grübeln. Wie kommt er zu solchen „gesicherten“ Erkenntnissen über das Denken anderer? Schließlich geht es um Meinungen, nicht um strafbare Handlungen. (Für die sind Polizei und Gerichte zuständig.) Meinungen sind laut Verfassung eigentlich frei. Dennoch misstraut jede Regierung dem Urteilsvermögen der Bevölkerung. Nach dem Krieg war die Angst vor einem Wiedererstarken der Nazis verständlich. Aber warum leisten wir uns heute noch eine teure Meinungswarnbehörde, die es in keiner anderen Demokratie gibt? Hat sich der „Schutz“ in seiner Geschichte als erkennbar nützlich und

Engagiertes Misstrauen

Der Verfassungsschutz sollte Taten bewerten und nicht Meinungen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

notwendig erwiesen? Oder – eher umgekehrt? Seine Rolle beim gescheiterten NPD-Verbot ist allgemein bekannt. Wie der ehemalige SPD-Politiker Matthias Brodtkorb in seinem erhellenden Buch „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“ an Einzelfällen zeigt, hat der Verfassungsschutz aber nicht nur die schwächelnde NPD mit Spitzgeldern aufgepöppelt. Mit seinem sicheren Gespür für gefährliche Meinungen macht er engagierten Bürgern und Politikern wie dem Linken Bodo Ramelow immer wieder das Leben schwer. Ein rechtskonservativer Professor – Martin Wagener – darf auf Druck des Verfassungsschutzes nicht mehr lehren, nachdem er diesen in der „NZZ“ kritisiert hatte. Warum? Wagener versteht unter dem deutschen Volk nicht nur Passinhaber, sondern

findet in manchen Hinsichten einen ethnisch-kulturellen Begriff unverzichtbar. Wie die Bundesregierung, wenn sie etwa Russen mit deutscher Abstammung den Zuzug ermöglicht. Wer nicht Taten, sondern Meinungen erforscht, ist anfällig für Wahn. Brodtkorb plädiert deshalb für die Abschaffung. Die Bundesregierung hat das Gegenteil getan und Meldestellen für nicht strafbares Verhalten eingerichtet. So kann heute jeder Verfassungsschutz spielen. Wir sind schließlich ein reiches Land, das sich leidenschaftliches Misstrauen leisten kann.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.